

# ***SSW-PRESSEINFORMATION***

**Kiel, d. 28.01.2000**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **TOP 23 Bericht zum Programm Soziale Stadt (Drs. 14/2680)**

Mit dem Konzept der sozialen Stadt werden die Fehler der Städtebauförderungspolitik der 80er Jahre vermieden, und es werden gleichzeitig die knappen Kassen berücksichtigt. Die Bekämpfung der Entwicklung in problematischen Stadtteilen ist gerade nicht nur eine Sache von Wohnungsbau und Stadtplanung und die Probleme lassen sich auch nicht durch einige soziale Einrichtungen vor Ort lösen, wie man noch in den 80er Jahren gehofft hat. Menschen in sozialen Brennpunkten sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt und von Perspektivlosigkeit betroffen. Hier treffen häufig Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte Wohnqualität und lückenhafte Infrastruktur aufeinander.

Um den Menschen in diesen Stadtteilen nachhaltig zu helfen, ist eine Politik erforderlich, die möglichst alle Problemstellungen berücksichtigt. Bisher sind die diesbezüglichen Bemühungen aber häufig ressort- und politikfeldbezogen betrieben worden und nicht ganzheitlich. Ausgangspunkt waren abgegrenzte Leistungen u. a. der Schul-, Krankenhaus-, Altenhilfe- Jugendhilfe und Sozialpolitik. Diese Segmentierung, bei der viel Energie verloren geht, soll durch das Programm „Soziale Stadt“ behoben werden. Es sollen die vielzitierten „Synergieeffekte“ genutzt werden, um bei begrenztem Mitteleinsatz möglichst viel zu erreichen. Es sollen die Problemstellung in ihrer ganzen Breite berücksichtigt und durch ein Stadtteilmanagement koordiniert werden, um die Probleme des Stadtteils und seiner Menschen zu lösen und ein neues Stadtteilleben zu entwickeln. Mit stadtteilbezogener Beschäftigungspolitik und Förderung der lokalen Wirtschaftsstrukturen sollen die massiven Probleme mit Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Durch die Förderung von Bürgerbeteiligung soll ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt werden. Durch die Bereitstellung von sozialer, kultureller, bil-

dungs- und freizeitbezogenen Infrastruktur soll das soziale Leben im Stadtteil wiederbelebt werden und gleichzeitig die Qualifizierung gefördert werden. Auch die bürgernahe Polizei erhöht das Sicherheitsgefühl in den häufig negativ belasteten Gebieten. Durch die Verbesserung der Wohnungssubstanz und des städtebaulichen Umfeldes wird die Attraktivität des Stadtteiles gestärkt. Dadurch werden mehrfache Benachteiligungen abgebaut und ein Zuzug wird attraktiver. All dieses sind Zielsetzungen, die wir uns bedenkenlos anschließen können. Das Programm soziale Stadt ist eine klare Verbesserung der Städtebauförderung und hat in Schleswig-Holstein schon die ersten positiven Ergebnisse erzielt.

Eine lebendige, soziale Stadt ist nur möglich, wenn gute Lebensgrundlagen vor Ort bestehen. Dazu trägt das Programm der Bundesregierung bei. Allerdings reicht auch dieses allein nicht dafür aus, die betroffenen Gebiete so zu erneuern, dass Menschen gern dort leben. Eine weitere wesentliche Voraussetzung ist, dass politische Entscheidungen so ortsnah gefällt werden, dass für die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger eine Identifikation möglich ist. Nicht umsonst ist eines der Kriterien für die Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ ein hoher Anteil an Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Diese Menschen fühlen eben nicht, dass sich die Politik um ihre Lebensbedingungen kümmert. Betrachtet man das Konzept einer Sozialen Stadt, dann geht dieses über die Städtebauförderung hinaus. Es hat ebenso viel mit Sozialpolitik zu tun. Wir meinen, dass in diesem Zusammenhang eine Aufwertung der Kommunen eine sinnvolle Maßnahme wäre. Eine Ansatz ist sicherlich, stadtteilbezogene Maßnahmen der Beteiligung zu fördern, wie es im Programm enthalten ist. Darüber hinaus wäre es aber auch erwägenswert, endlich den Kommunen mehr politischen und finanziellen Spielraum zu geben, damit die wesentlichen politischen Entscheidungen auch wieder nah an den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden.